



Sangerhausen, 14.01.2021

Beschlussvorlage

BV/117/2020

Erarbeiter: Fraktion DIE LINKE.	Erstellt am: 25.11.2020
Einbringer: Fraktion DIE LINKE. und Fraktion B.I.S.	Status: öffentlich

Gegenstand:
Stadtrat unterstützt den ICAN-Städteappell

Gesetzliche Grundlagen:

Verweisungen und -beratungen

Gremium	Beratung am:
Hauptausschuss	03.02.2021
Stadtrat	04.02.2021

Begründung:

Am 24. Oktober 2020 hat Honduras als 50. Staat den UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen ratifiziert. Damit wird das Inkrafttreten des UN-Atomwaffenverbots binnen 90 Tagen ausgelöst.

Ab dem 22. Januar 2021 sind somit Atomwaffen völkerrechtlich geächtet. Ein historischer Moment für einen Jahrzehnte alten Kampf. Während die Großmächte Verträge aufkündigen, hat die stille Mehrheit der Staaten die letzten Massenvernichtungswaffen verboten, und damit eine Ambition realisiert, die die Menschen weltweit teilen.

Für die Mitwirkung an dem Vertrag wurde ICAN 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Warum sollten sich Städte und Gemeinden dem Appell anschließen?

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte und bewohnte Gebiete dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Sie sind direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert u.a. auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen.

Welche Auswirkungen hätte eine nukleare Explosion in der Nähe ihrer Stadt oder Gemeinde? Wie ihre örtliche Gemeinschaft in einem solchen Fall betroffen wäre, kann beispielsweise über die interaktive Karte [NUKEMAP](#) simuliert werden, welche die humanitären Folgen abschätzt. **Wie ist die öffentliche Infrastruktur zur Bewältigung einer solchen Katastrophe (Krankenversorgung, Feuerwehr, THW, etc.) vorbereitet?** Das

[Internationale Komitee des Roten Kreuzes und die Weltgesundheitsorganisation](#), weisen darauf hin, dass nirgends auf der Welt die medizinische Infrastruktur den Folgen eines Atomwaffenangriffs gewachsen wäre.

Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Risiken gleichwohl in Kauf und sehen die Drohung mit und den Einsatz von Atomwaffen als legitim an. Damit setzen diese Staaten ihre Bürger*innen der Vernichtungsgefahr aus. Immer wieder sind wir in der Vergangenheit an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. Städte und Gemeinden tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohner*innen. Aus diesem Grund sollten sie sich gegen Atomwaffen aussprechen.

Unser Engagement ist auch Ausdruck dafür, dass die überwältigende Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnt. Wenn Städte und Gemeinden die Regierung an die humanitären Folgen von Atomwaffen für ihre Bürger*innen erinnern und dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung.

Ein neues, globale Bündnis von Städten und Gemeinden stärkt die Stimmen der Menschen weltweit und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäfte zu unterlassen.

Finanzbedarf:

Finanzielle Auswirkungen:	nein	
Gesamtkosten:		
jährliche Folgekosten		
Produkt:		
Sachkonto:		

Finanzierung		
Kredit:	Zuschüsse:	Einnahmen:
Eigenanteil:	Sonstiges:	

Beschlusstext:

1. Der Stadtrat unterstützt den ICAN-Städteappell mit folgendem Wortlaut: “Unsere Stadt ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.”

2. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Unterstützung dieses Appells aktiv zu kommunizieren und für weitere Unterstützung des ICAN-Städte-Appells zu werben.

Bemerkung:

Veröffentlichung:

tritt in Kraft am: Tag nach der Beschlussfassung